

Steuerentlastung

Milliarden-Pläne nur vage gegenfinanziert

Von Martina Madner

- Steuer- und Verteilungsexperten kritisieren die Pläne der Parteien als zu unkonkret.



Steuerentlastungen, ohne zu wissen, wie sie finanziert werden sollen, seien abzulehnen, sagt Margit Schratzenstaller vom Wifo. © APAweb, Getty Images Steuerentlastungen, ohne zu wissen, wie sie finanziert werden sollen, seien abzulehnen, sagt Margit Schratzenstaller vom Wifo. © APAweb, Getty Images

Wien. Rechtzeitig vor dem Wahlkampfende meldet sich auch der Bund der Steuerzahler (VÖS) zu Wort. VÖS-Präsident Oliver Ginhör und sein Stellvertreter Manfred Wagner begrüßen die Steuerentlastungspläne der Parteien - vor allem jene, die auf ein Senken der Abgabenquote von derzeit 43 auf 40 beziehungsweise 39 Prozent abzielen. "Schließlich zeigen auch die Beispiele Deutschland und Schweiz, dass man mit einer niedrigeren Abgabenquote einen gut funktionierenden Staat führen kann", sagt Ginhör.

Zweifel gibt es bei der Gegenfinanzierung der Pläne: "Unsere Kritik an allen Parteien ist, dass sie auf der Einnahmenseite umgestalten. Keine aber hat sich ausreichend mit der tatsächlichen Umsetzung beschäftigt, alle bleiben bei der Gegenfinanzierung

sehr vage", sagt Wagner. Damit stehen sie nicht alleine: Auch Finanzrechtlerin Sabine Kirchmayr-Schliesselberger, Wifo-Budget-Expertin Margit Schratzenstaller und AK-Wirtschaftswissenschaftler Markus Marterbauer warnen vor überzogenen Erwartungen der Gegenfinanzierungspläne.

Verein begrüßt die Abschaffung der kalten Progression

Zur besseren Einordnung: Oliver Ginhör ist laut Kurzporträt des Lindeverlags unter anderem Steuerberater und Mitglied des Stiftungsvorstands zahlreicher Privatstiftungen; Manfred Wagner Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Über die Anzahl der Mitglieder macht der Verein keine Angaben. Damit ist unklar, wie viele Personen hinter dem VÖS stehen. Auf der Homepage wird unter anderem das neoliberale Hayek-Institut als "Partner" genannt. Man betont die Unabhängigkeit. Der Verein kritisiert automatische Steuererhöhungen wie etwa durch die kalte Progression. Damit begrüßt man die Pläne jener, die sie vollständig ausschalten wollen. Das wären Liste Kurz, FPÖ und Neos.

"Wir haben ein deutliches Ausgabenproblem, das heißt, wir müssen deutlich sparen", sagt Ginhör darüber hinaus. Die Pensionsreform der Neos und die Förder- und Verwaltungsreformvorschläge der SPÖ werden goutiert. "Was wir leider auch sehen, sind neue Steuerideen", sagt Wagner. Konkret sind es die Erbschafts- und Schenkungssteuern von SPÖ, Grünen und Liste Pilz: "Das ist kontraproduktiv."